

Fortsetzung Rheinland-Pfalz

Veranstaltungshinweis:

Informationskompetenz in den Gesellschaftswissenschaften

Besonders vor dem Hintergrund der Arbeit der Enquete-Kommission „Aktive Bürgerbeteiligung für eine starke Demokratie“ möchte die DVPB auf eine Weiterbildung des Instituts für Lehrerfort- und Weiterbildung hinweisen. Am 24. und 25. Mai 2012 findet diese in Neustadt/W. statt. Anmeldung unter Veranstaltungs-Nr.: 211406301 in TIS-Online.

Im Geschichts- und Sozialkundeunterricht steht die kritische Urteilsbildung über historisch-politische Ereignisse und

Prozesse im Mittelpunkt des Unterrichts. Im digitalen Zeitalter sind aber Chancen und Risiken, dies in bewährter Qualität mit dem Prinzip der Quellenkritik zu erreichen, sprunghaft gestiegen. Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur (MBWWK) hat dieser gewachsenen Bedeutung der Medienkompetenz mit dem Rahmenprogramm „Medienkompetenz macht Schule“ Rechnung getragen. In Ergänzung und auch Abgrenzung zum Begriff der Medienkompetenz, der stärker auf technische und pädagogische Aspekte abzielt, wird mit dem Begriff der Informationskompetenz mehr eine wissenschaftlich orientierte digitale Quellenkritik im web 2.0 diskutiert. Ziel dieser Fortbildung soll es daher sein,

neben einem theoretischen Einstieg in die digitale Informationswelt, eigene praktische Erfahrungen zu sammeln und an Beispielen verschiedene Einsatzmöglichkeiten für den gymnasialen Geschichts- und Sozialkundeunterricht gezeigt zu bekommen, sowohl zur eigenen Unterrichtsvorbereitung als auch zur Gestaltung von Schülermaterialien und der Arbeit mit Schülern im Netz. Nach einem Überblick über vorhandene Angebote, auch kommerzieller Art, wird der thematische Schwerpunkt auf rheinland-pfälzischen Institutionen und Verfassungsorganen liegen.

Teilnahmevoraussetzungen sollten sein:

Grundkenntnisse OpenOffice/MS Office zur Text und Bildbearbeitung, Umgang mit pdf-Da-

teien, Kenntnisse zu einem Internetbrowser und erste Erfahrungen in der Internetrecherche.

Der Schwerpunkt der Weiterbildung liegt auf Inhalten und Methoden, nicht auf den praktischen Aspekten der Bedienung eines Computers oder einzelner Programme. Ein privates Laptop mit Internetzugang kann sehr gerne mitgebracht und genutzt werden. W-LAN ist vorhanden. Rückfragen an Björn Kilian, Stellvertretender Landesvorsitzender der DVPB Rheinland-Pfalz: kilian@dvpb-rlp.de

*Björn Kilian
DVPB Landesvorstand
Rheinland-Pfalz*

Thüringen



1. DVPB-Landesverband Thüringen schreibt zum dritten Mal Abiturpreis aus

Der Landesverband Thüringen schreibt 2012 zum dritten Mal in Folge einen Abiturpreis aus. 2010 einigte sich der Landesvorstand, Schülerinnen und Schüler der Abiturstufe in Thüringen für ihr schulisches und außerschulisches Engagement im Bereich der Politischen Bildung auszuzeichnen. Im vergangenen Jahr wurden Linda Bräunel und Josef Kaiser im Rahmen der Abiturfeiern an ihren Schulen geehrt. Die Abiturienten zeichneten sich vor allem durch überdurchschnittliches Engagement für Demokratie und Toleranz aus und fertigten beispielsweise Seminararbeiten im Bereich der Politischen Bildung an, engagierten sich aktiv in Bürgernetzwerken oder erzielten sehr gute Leistungen in der historischen und politischen Bildung.

Im Zuge unserer Arbeit als Landesvorstand sind wir besonders daran interessiert, junge Menschen für die aktive Wahrnehmung ihrer Bürgerrolle zu gewinnen und sie dazu zu ermutigen, sich aktiv für die politische Bildungsarbeit – auch direkt vor Ort – einzusetzen. In diesem Zusammenhang bittet der Landesverband der DVPB alle

Bildungsträger in Thüringen diejenigen Schülerinnen und Schüler des Abiturjahrgangs 2012 auszuwählen, die sich durch hervorragende Leistungen im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich und ein (hohes) ehrenamtliches Engagement (z.B. im Rahmen der Schülermitverwaltung) auszeichnen. Das schulische und gesellschaftliche Engagement der Abiturienten und Abiturientinnen soll im Rahmen der Zeugnisausgabe mit einer Urkunde, einem Büchergutschein und einer einjährigen kostenlosen Mitgliedschaft im Landesverband gewürdigt werden.

Vorschläge senden Sie bitte schriftlich oder per E-Mail an folgende Adresse:

Anselm Cypionka
Alte Landstraße 4
07806 Neunhofen
Anselm.Cypionka@web.de

*Toralf Schenk, Jena
Zweiter Landesvorsitzender
DVPB Thüringen*

2. Ankündigung und Einladung des Landesverbandes Thüringen:

24.04.2012 – 18.30–20.00 Uhr

Fortsetzung der

Jenaer Gespräche zur Politischen Bildung

in der FSU Jena, Carl-Zeiss-Straße 3.

Es referiert Prof. em. Dr. Sibylle Reinhardt zum Thema:

„Wertebildung und Politische Bildung“.

Die Begrüßung wird der neue Inhaber der Professur Didaktik der Politik, Dr. Michael May übernehmen.

3. „Zwischen Freiheit und Sicherheit“

Bericht über den DVPB-Stammtisch vom 30.01.2012 mit Minister Jörg Geibert in Jena

Zum DVPB-Stammtisch Ende Januar konnte der Landesverband den Thüringer Innenminister Jörg Geibert begrüßen. Nach einer kurzen Begrüßung durch den Landesvorsitzenden und einer kurzen Vorstellungsrunde, stan-

den neben innenpolitischen Themen auch Möglichkeiten der Kooperation zwischen dem Verband und dem Innenministerium zur Diskussion.

In seinem Einführungsreferat verdeutlichte der Innenminister, dass mit der Aufdeckung der rechtsextremen Terrorzelle um das Duo Böhnhardt/ Mundlos eine „neue innenpolitische Zeitrechnung“ begonnen habe. Zweifellos hätten die Taten der NSU neben gesellschaftspolitischen auch sicherheitspolitische Facetten. Hierbei stehe das Agieren der Verfassungsschutzbehörden im Vordergrund. So wurde durch das Innenministerium eine unabhängige Kommission eingesetzt, um zu untersuchen, wie das Verhalten der Thüringer Sicherheitsbehörden zu beurteilen ist. Ohne den Ergebnissen der Kommission vorgreifen zu wollen, charakterisierte Geibert die Abstimmungsprozesse zwischen den einzelnen Sicherheitsbehörden als „nicht optimal“. Die Untersuchungskommission könne hierbei auf ein fundiertes Archivmaterial zurückgreifen, da z.B. durch das LKA Thüringen 9000 Blatt Akten zu Ermittlungen rund um den „Thüringer Heimatschutz“ zur Verfügung stehen. Allerdings stünden der Arbeit der Kommission auch diverse Hemmnisse entgegen. So seien die Bestände des LKA relativ einfach auszuwerten, die Akten des Landes-

Fortsetzung Thüringen

amtes für Verfassungsschutz unterlägen hingegen verschiedenen Geheimhaltungsstufen. Dies liege daran, dass die Erkenntnisse z.T. aus Abhöraktionen, aber auch von einigen „V-Leuten“ stammen. Vor allem der Umgang mit Letzteren hätte in der öffentlichen Wahrnehmung für einige Irritationen gesorgt. Allerdings müssten einerseits die Persönlichkeitsrechte der jeweiligen Informanten geschützt werden. Andererseits sei grundlegend die „wehrhafte Demokratie“ angestrebt, die darauf angewiesen sei, dass der Sicherheitsapparat (Polizei, Verfassungsschutz) Informationen über jene Gruppen erhalte, die die Demokratie in ihren Grundfesten gefährdeten. Diese Informationen würden einerseits über nicht direkt betroffene Personen beschafft. Ein Beispiel für eine nicht direkt involvierte Person sei der Kellner, der in einer Kneipe bedient, in dem sich häufig rechtsradikale Gruppen oder Personen versammeln. Andererseits seien dies aber auch Insiderberichte von Personen, die selbst innerhalb der untersuchten Gruppen aktiv sind. Solche Informationen müssten durch Querinformationen bestätigt oder widerlegt werden, um Quellenwert zu erhalten. Bei dem vorliegenden Sachverhalt um das rechtsextreme Terrorduo seien eben diese Quellen nicht sauber geführt worden oder die Zweck-Mittel-Relation sei zumindest zweifelhaft gewesen. Diese Äußerung schränkte der Innenminister durch den Hinweis ein, dass noch zu wenige Erkenntnisse über die Arbeit der einzelnen Sicherheitsbehörden vorlägen.

Hinsichtlich der Kooperation der einzelnen Verfassungsschutzbehörden der Länder bestehe weiterhin großer Optimierungsbedarf. Erste Schritte zur Behebung dieses Missstandes seien durch die Einrichtung eines Gefahrenabwehrzentrums „Rechts“ durch das BMI sowie die in Auftrag gegebene Verbunddatei zum Rechtsextremismus erfolgt. Bei allen Bemühungen sei aber das Trennungsgebot zwischen den Kriminalämtern und dem Verfassungsschutz zu beachten. Seine einführenden Worte schloss der Innenminister mit dem Hinweis, dass er den Schülerwettbewerb „Klasse gegen Rechtsextremismus“ ins Leben gerufen habe, der eine frühzeitige Präventivmaßnahme gegen die rechte Ideologie sei.

Im anschließenden Gespräch wurde zunächst die Frage nach der allgemeinen Sicherheitslage Thüringens aufgeworfen. An dieser Stelle konnte der Innenminister äußerst positive Statistiken verkünden. Thüringen belegt bei der Häufigkeitsziffer der begangenen Straftaten den drittletzten Platz, bei der Aufklärungsquote ist Thüringen sogar Klassenprimus. Weiterhin ist durch den demographischen Wandel eine Polizeistrukturreform nötig geworden. So ist es das erklärte Ziel des Innenministers, durch Abflachung der Verwaltungsstrukturen mehr Polizisten auf der Straße einzusetzen.

Weiterhin zeigte der Innenminister verschiedene Möglichkeiten für eine Kooperation zwischen der Politischen Bildung und dem Innenministerium. So könnten beispielsweise Schülergruppen den Innenminister einen Tag lang begleiten. Weiterhin bestünde die Möglichkeit über das Referat „Öffentlichkeitsarbeit“ des Thüringer Verfassungsschutzes Referenten einzuladen, die zu den Themen „Rechtsextremismus“ oder „Drogenmissbrauch“ vor Schülern oder auf einer Lehrerkonferenz Auskunft geben können.

Abschließend nahm der Innenminister Stellung zur Frage nach dem Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit. Hierbei werde in der Öffentlichkeit häufig eine Einschränkung der persönlichen Freiheit wahrgenommen. An dieser Stelle unterstrich der Minister den Stellenwert der Freiheitsrechte des Individuums und dass derzeit keinesfalls eine Einschränkung ebener Rechte zu beobachten sei. Allerdings sei dies eine schizophrene Diskussion, wenn man berücksichtige, wie viele Millionen Bundesbürger ihre Daten in sozialen Netzwerken wie Facebook oder StudiVZ offenlegen.

Mit einem Appell, sorgsam mit seinen persönlichen Daten umzugehen, schloss die überaus anregende und erkenntnisbringende Diskussion.

*Christian Schmieder
Beisitzer im Landesvorstand der
DVPB Thüringen*

Schleswig-Holstein



Wirtschaft/Politik endlich als Mangelfach anerkannt!

Im Juni 2011 hat der Landesverband SH der DVPB Fragen zum Fach Wirtschaft/Politik an den Kultusminister, Dr. Ekkehard Klug, gesandt. Die Antworten des Kultusministeriums datieren vom 14. November 2011. Im Folgenden haben wir die Fragen und Antworten zusammengestellt. Sie geben einen guten Eindruck von der Situation des Faches: Viele Fragen bleiben offen oder werden mit Absichtserklärungen beantwortet. Wichtig ist allerdings die Zusage, Wirtschaft/Politik ab 2012 als Mangelfach zu betrachten. Dies eröffnet – hoffentlich – zusätzliche Einstellungschancen für Referendar/innen und Lehrkräfte!

Auf dem Landesfachtag Wirtschaft/Politik im Februar 2011 in Aukrug-Tannenfelde haben der Minister und viele Vertreter des öffentlichen Lebens in Schleswig-Holstein die Bedeutung des Faches betont und zu Recht auf Fortschritte, insbesondere an den Gymnasien, hingewiesen. Dennoch bleiben eine Reihe von Problemen, auf die wir von Lehrkräften aus den Schulen immer wieder angesprochen werden. Als Fachverband für Wirtschaft/Politik haben wir Fragen zur Situation und zur Weiterentwicklung des Faches.

1. Frage: Im Gymnasium G8 beginnt Wirtschaft/Politik im 8. Jahrgang. Wie ist die Einführung von Wirtschaft/Politik in der Mittelstufe der Gymnasien G9 geplant? Gilt der gleiche Lehrplan und auch die Verpflichtung zur Berufs- und Studienorientierung? Dürfen Schulen im G9-Modell den Wirtschaft/Politik-Unterricht auf Klasse 8 bis 10, also auf drei Jahrgänge, ausdehnen?

Antwort: In der Kontingenzstundentafel für den im Schuljahr 2011/12 beginnenden neunjährigen Bildungsgang (Sek I) am allgemeinbildenden Gymnasium ist das Fach Wirtschaft/Politik im gesellschaftswissenschaftlichen Kontingenz verankert (parallel zu G8). Es gelten der gleiche Lehrplan und die Verpflichtungen zum Praktikum und zur Berufs- und Studienorientierung. Im Rahmen der Kontingenzstundentafel und

des schulinternen Fachcurriculums entscheiden die Schulen über die Verteilung der Stunden. Es ist theoretisch möglich, den Unterricht auf drei Jahre auszuweiden.

2. Frage: Da die Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums künftig die Grundlagen des Faches Wirtschaft/Politik in der Mittelstufe vermittelt bekommen, die bisher Gegenstand des Oberstufenunterrichts waren, müsste der Oberstufen-Lehrplan angepasst werden. Welche Vorbereitungen gibt es dazu im Ministerium?

Antwort: Im Rahmen des schulinternen Fachcurriculums entscheiden die Wirtschaft/Politik-Fachschaften über eine sinnvolle, angemessene Verteilung des Unterrichtsstoffes, wozu auch die Grundlagen für das Fach gehören. Für das kommende Schuljahr gilt erstmals, dass im achtjährigen Bildungsgang Wirtschaft/Politik-Unterricht verpflichtend erteilt wird, im parallelen neunjährigen Bildungsgang (G9 auslaufend) dagegen nicht. (Die Schulen könnten Wirtschaft/Politik freiwillig einrichten.) Dies muss bei der Zusammenführung der Jahrgänge in der Oberstufe berücksichtigt werden. Eine Überarbeitung des Oberstufenlehrplans ist derzeit noch nicht terminiert.

3. Frage: Die Zahl der Wirtschaft/Politik-Referendar/innen im gymnasialen Bereich reicht nicht, um die ausscheidenden Lehrkräfte zu ersetzen. Hinzu kommen neue Aufgaben in der Mittelstufe. Pro Jahr sind mindestens 30 Referendare erforderlich, um den Bedarf zu decken. 2010 wurden 15, 2011 nur 7 Plätze besetzt. Viele Absolventen der Universität Kiel wechseln nach Niedersachsen oder Hamburg. Auf dem Landesfachtag hat der Minister die Einstufung von Wirtschaft/Politik als Mangelfach zugesagt, dies ist aber bisher nicht erfolgt. Es zeichnet sich der unhaltbare Zustand ab, dass Wirtschaft/Politik verstärkt fachfremd unterrichtet wird oder der Unterricht ganz ausfällt. Was unternimmt das Ministerium, um das Referendariat attraktiv zu machen und dem Lehrkräftemangel im Fach Wirtschaft/Politik zu begegnen?

Fortsetzung Schleswig-Holstein

Antwort: Der Lehrkräftemangel im Fach Wirtschaft/Politik ist dem MBK bekannt. In der Laufbahn der Studienräte und Studienrätinnen an Gymnasien werden ausgebildet (Stand 1.8.2011):

4. Ausbildungshalbjahr	8
3. Ausbildungshalbjahr	7
2. Ausbildungshalbjahr	3
1. Ausbildungshalbjahr	4

Im Jahr 2012 stehen damit 15 Lehrkräfte für die Einstellung in den Landesdienst zur Verfügung, am 1.2.2013 wegen des doppelten Prüfungsdurchgangs weitere 7. Insgesamt werden ab 1.8.2011 die Rahmenbedingungen für die Ausbildung im Vorbereitungsdienst durch die Inkraftsetzung der neuen APO-Lehrkräfte II nachhaltig verbessert, auch für das Fach Wirtschaft/Politik. Für eine Übergangszeit wird es nicht ganz zu vermeiden sein, dass Geschichts- und Geographie-Lehrkräfte, die dazu bereit sind und von der Schulleitung dafür vorgesehen werden, im Wirtschaft/Politik-Unterricht der Sekundarstufe I eingesetzt werden. Sie stehen unter dem Aspekt zur Verfügung, dass die Stunden für das Fach Wirtschaft/Politik im bisherigen Kontingent für Gesellschaftswissenschaften enthalten sind. Unter der Voraussetzung, dass ein schulinternes Fach-Curriculum erstellt worden ist, wird dieser nur teilweise fachfremde Einsatz für eine Übergangszeit für vertretbar gehalten. Dadurch entstehende inhaltliche Defizite können in der Oberstufe durch die Wirtschaft/Politik-Lehrkräfte aufgefangen werden. Zur nachhaltigen Verbesserung der Situation im Fach Wirtschaft/Politik hat der Minister entschieden, Wirtschaft/Politik in die nächste Kapazitätsverordnung als Mangelfach aufzunehmen.

4. Frage: An den Regionalschulen und an einigen Gemeinschaftsschulen wird das Fach Wirtschaft/Politik (nach den Lehrplänen der auslaufenden Haupt- und Realschulen) unterrichtet. An anderen Gemeinschaftsschulen wird Weltkunde (nach den Lehrplänen der Gesamtschulen) unterrichtet. Ist hier eine Angleichung der Lehrpläne geplant? Auch ist die inhaltliche Füllung des Wahlpflichtunterrichts unklar und unterschiedlich je nach Schule. Lehrkräfte berichten ferner von Überschneidungen mit dem neuen Fach Verbraucherbildung. Gibt es für den dringenden Informations- und

Fortbildungsbedarf in den Regional- und Gemeinschaftsschulen spezielle Schulungsangebote durch IQSH oder die Universitäten? Als Fachverband erwarten wir in diesem Bereich statt der Zersplitterung von Fächern einen auf die Bedürfnisse der Regional- und Gemeinschaftsschulen abgestimmten, einheitlichen Lehrplan Wirtschaft/Politik.

Antwort: Für die Regional- und Gemeinschaftsschulen bilden in der Tat unterschiedliche Lehrpläne, die sich aus der unterschiedlichen Tradition der Schulen entwickelt haben, die Grundlage für ein schulinternes Fachcurriculum. Die Überschneidungen mit dem Fach Verbraucherbildung legen Fächer übergreifende Absprachen nahe. So können im Fach Wirtschaft/Politik und im Fach Verbraucherbildung jeweils unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt werden. Das IQSH unterstützt die Schulen in ihrer Fachkonferenzarbeit durch ein abgestimmtes Fortbildungsangebot. Diese Angebote liegen zu Beginn des Schuljahres vor und können bei Bedarf ausgeweitet werden. Über eine Vereinheitlichung der Fächer bzw. Lehrpläne wird bei einer zukünftigen Überarbeitung der Lehrpläne zu beraten sein.

5. Frage: An den Regional- und Gemeinschaftsschulen wird das Fach Wirtschaft/Politik noch immer häufig von fachfremden Lehrkräften unterrichtet. Welche Pläne hat die Landesregierung bezüglich der Lehrerbildung* im Fach Wirtschaft/Politik für die Regional- und die Gemeinschaftsschulen? Wie entwickeln sich der Bedarf an Fachlehrkräften und die Einstellung von Referendar/innen im Fach Wirtschaft/Politik an den Regional- und Gemeinschaftsschulen?

Antwort: An den Regional- und Gemeinschaftsschulen wird das Fach Wirtschaft/Politik zusätzlich zu den Fachlehrkräften ebenso wie in anderen Fächern von Lehrkräften mit unterschiedlichen Fächervoraussetzungen abgedeckt. Zu den spezifischen Fachbedarfen gibt es keine statistischen Erhebungen, sodass aus den vorhandenen Daten seriös keine Bedarfe für das Fach Wirtschaft/Politik abgeleitet werden können. Die Fortbildung bzw. weitere Qualifizierung im Fach Wirtschaft/Politik erfolgt über die Angebote des IQSH.

6. Frage: Wie wird sichergestellt, dass im Rahmen der Kontingent-

studentafeln ausreichende Stundenvolumina für das Fach Wirtschaft/Politik in allen Schularten bereitgestellt werden?

Antwort: Wie in allen gesellschaftswissenschaftlichen Fächern gilt zunächst, dass der Lehrplan zu erfüllen ist. Unter der Annahme, dass Wirtschaft/Politik als zweistündiges Fach unterrichtet wird, ist davon auszugehen, dass das nicht mehr der Fall ist, wenn Wirtschaft/Politik weniger als drei Halbjahre unterrichtet wird. Der Lehrplan orientiert sich an vier Halbjahren. Die Schulen können Synergien nutzen, indem Fächer übergreifend gearbeitet wird. Weitere Möglichkeiten sind z.B. Epochenunterricht oder Fachtage. Die Schulen regeln die Aufteilung des Kontingents in eigener Zuständigkeit und erstellen entsprechende schulinterne Fachcurricula.

7. Frage: Laut Nachrichtenblatt vom Mai 2011 ist die Stelle einer Koordinatorin/eines Koordinators für das Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt im Referat 22 neu zu besetzen. Welche schulartübergreifenden Maßnahmen werden von dieser Stelle ausgehen? Welche Beziehungen sollen zum Fach Wirtschaft/Politik und entsprechenden Fächern aufgebaut werden?

Antwort: Das Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt wendet sich an Schulen mit dem Bil-

dungsgang Hauptschulabschluss, an Förderzentren und Berufsbildende Schulen mit Berufseingangsklassen. Mit dem Handlungskonzept soll u.a. die Berufsorientierung von Schülerinnen und Schülern intensiviert und verbessert werden und es erfolgt eine intensive Begleitung (Coaching) der Jugendlichen bis zur Integration in den Beruf. Weitere Handlungsfelder des Handlungskonzepts sind Kompetenzfeststellungen der Jugendlichen sowie Berufsfelderproben bei Bildungsträgern. Die Schulen entscheiden eigenverantwortlich im Rahmen des Konzepts, in welche Fächer die Handlungsfelder des Handlungskonzepts integriert werden.

* Anmerkung zu Frage 5: Die CDU-FDP-Regierung hat das Schulsystem in Schleswig-Holstein nach der Grundschule auf die drei Schulformen Gymnasium (G8 oder G9), Regionalschule und Gemeinschaftsschule (mit und ohne Oberstufe) umgestellt. Die Gymnasiallehrerbildung an der Universität Kiel erfolgt bereits im Bachelor-Master-Modell zum Master of Education (6 + 4 Semester). Offen ist die Reform der Lehrerbildung für die Sekundarstufe I. Statt Haupt- bzw. Realschullehrkräften sollen an der Universität Flensburg künftig Lehrkräfte für Regional- und Gemeinschaftsschulen ausgebildet werden. Allerdings will die CDU das Modell Bachelor + Master, die FDP will am Staatsexamen festhalten.

Klaus-Peter Kruber

Bayern



1. Das Fach Sozialkunde im G8-Abitur in Bayern

Zur Situation

Die Stellung des Fachs Sozialkunde in der Oberstufe des bayerischen Gymnasiums wurde mit der Einführung des G8 einerseits verbessert, da nun alle Schüler obligatorisch in Sozialkunde unterrichtet werden, während z.B. im letzten G9-Jahrgang nur 19 % der Schüler Sozialkunde belegt hatten. Der Preis dieser Verbesserung ist die Verminderung der Stundenzahl des Fachs. Es wird nun nur noch in einer insgesamt dreistündigen Fächerkombination mit Geschichte unterrichtet; da-

von sind zwei Stunden Geschichte und eine Stunde Sozialkunde. Die Eigenständigkeit beider Fächer im Hinblick auf den Lehrplan, auf die Qualifikation der Lehrkräfte und die Leistungserhebungen bleibt dabei erhalten. In dieser Fächerkombination G / Sk kann eine schriftliche oder eine mündliche Abiturprüfung abgelegt werden. (Alternativen sind Wirtschaft, Erdkunde, Religion; der Schüler muss und kann höchstens in einem gesellschaftswissenschaftlichen Fach Abitur machen.). Allerdings kann der Schüler Sozialkunde für das Abitur auch „abwählen“ und nur in Geschichte Abitur machen. Das Umgekehrte – Abitur nur in Sozial-

Fortsetzung Bayern

kunde – ist wegen der Einstündigkeit nicht möglich. Ausnahme: Am wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Gymnasium kann Sozialkunde (nach einem Kurs mit zwei Wochenstunden) eigenständiges Abiturfach sein.

Obwohl nun alle Schüler in Sozialkunde unterrichtet werden, hat die Fächerwahl beim ersten G8-Abitur ein für Sozialkunde katastrophales Ergebnis gegeben: Während beim letzten G9-Abitur immerhin noch 7% der Schüler die Abiturprüfung in Sozialkunde absolvierten, war das Fach im ersten G8-Abitur mit nur 2,9 % nunmehr völlig marginalisiert. (In dieser Zahl sind die Abiturienten mit einem eigenständigen Sozialkundeabitur an den wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Gymnasien bereits berücksichtigt.) Dieses Ergebnis läuft der politisch gewünschten und angestrebten Stärkung der politischen Bildung völlig entgegen. Die Gründe für dieses Wahlverhalten der Schüler sind wohl weniger in der mangelnde Attraktivität des Fachs, sondern in dem von den Schülern befürchteten Mehraufwand der Vorbereitung auf zwei verschiedene Fächer. Inwiefern auch eine falsche Beratung durch Oberstufenkoordinatoren oder Fachlehrer eine Rolle gespielt hat, ist schwer abzuschätzen.

Aus Sicht des Verbandes ist dieses Ergebnis in höchstem Maße alarmierend, da auch der generelle Stellenwert eines Faches am Gymnasium von der Beteiligung am Abitur abhängt.

Verbesserungen ab 2012

Wohl nicht zuletzt aufgrund von deutlichen Interventionen der DVPB wurde bereits für das Abitur 2012 eine für Sozialkunde wichtige Verbesserung erreicht: Der Schüler, der in der Fächerkombination Geschichte und Sozialkunde die mündliche Abiturprüfung ablegt, kann zwei Halbjahre in beiden Fächern abschließen. (Bei der mündlichen Abiturprüfung in anderen Fächern kann lediglich ein Halbjahr abgewählt werden.) Außerdem kann das Schwerpunktgebiet auch aus dem Fach Sozialkunde gewählt werden. Diese Verbesserung wird durch die DVPB begrüßt und es ist zu hoffen, dass es dadurch gelingt, mehr Schülerinnen und Schüler für ein Abitur in der Fächerkombination Sk/G zu gewinnen und das Fach Sozial-

kunde insofern eine Aufwertung erfährt.

Die Forderung des Verbandes die Möglichkeit der „Abwahl“ von Sozialkunde bei der Abiturprüfung in der Fächerkombination Geschichte/Sozialkunde abzuschaffen, konnte vom Kultusministerium nicht erfüllt werden, da der Privilegierung von Geschichte, die ein „reines“ Geschichtsabitur ermöglichen soll, eine politische Entscheidung zugrunde liege.

StD Bernhard Hof (Mitglied des Landesvorstands)

Perspektiven

Eine Änderung der Stundentafel der Oberstufe, in der für alle Schulen eine Regelung ähnlich der an den wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Gymnasien eingeführt wird (Wahlmöglichkeit eines zweistündigen Kurses in Sozialkunde dann mit eigenständigem Abitur), ist gegenwärtig / mittelfristig nicht in Aussicht. In Gesprächen mit politisch Verantwortlichen versucht der Verband weiterhin eine Aufhebung der „Abwahlmöglichkeit“ von Sozialkunde beim Abitur in der Fächerkombination G/Sk zu erreichen. Erste Erfolge sind hierbei positive Stellungnahmen von Seiten der FDP – immerhin Mitglied der Regierungskoalition – und der Freien Wähler.

Landesvorstand Bayern

2. Zweites Tutzing Didaktikforum: Planspiele in der Politischen Bildung

In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung und der Akademie für Politische Bildung hat vom 12. bis zum 15. Februar 2012 das 2. Tutzing Didaktikforum zu Planspielen in der Politischen Bildung stattgefunden. Unter der Leitung von Detlef Dechant (bpb) und Dr. Michael Schröder (APB Tutzing) gab die Tagung einen Überblick über die Entwicklungen der Planspielmethode in der Politischen Bildung und ermöglichte einen fachdidaktischen und interdisziplinären Austausch über die Methode, die mit großem Erfolg in der schulischen und außerschulischen Politischen Bildung eingesetzt wird. Im Mittelpunkt des Seminars stand das Kennenlernen verschiedener Planspielangebote und deren Reflexion für den Einsatz in der Politischen Bildung.

In einem ganztägigen Workshop wurde unter Anleitung von Prof. Dr. Andreas Petrik (Universität Halle-Wittenberg) und Prof. Dr. Stefan Rappenglück (Hochschule München) die „Dorffgründungssimulation als Entdeckungsreise zum eigenen politischen Selbst“ durchgespielt. Energetingen – ein Planspiel zur regionalen Energiepolitik – rundete den praktischen Teil ab, der noch durch das Planspiel „Der Landtag sind wir“ (Eva Feldmann-Wojtachnia, CAP München) ergänzt wurde. Prof. Dr. Willy Kriz (Fachhochschule Vorarlberg) stellte kurze Planspiele als pädagogische Lernerfahrungen vor.

Darüber hinaus wurden auch u.a. neue Planspielprodukte der Bundeszentrale für politische Bildung zur konkreten Nutzung in der Bildungspraxis präsentiert. Thomas Regnet stellte die Planspieldatenbank der bpb vor.

Schließlich kam auch eine kritische Reflexion der Methode, ihrer Grenzen und der methodischen Weiterentwicklung nicht zu kurz. Ebenso wurde die Frage gestellt, wie und ob überhaupt die Planspielmethode politische Beteiligung befördern kann.

*Dr. Michael Schröder,
Akademie für Politische Bildung
Tutzing*

Rheinland- Pfalz



Schule als Projekt für das Leben

Der 6. Demokratie-Tag Rheinland-Pfalz im rhein- hessischen Wörrstadt

Unter dem Motto „Wege zu einer demokratischen Lernkultur“ fand am 22. September 2011 an der Georg-Forster-Gesamtschule in Wörrstadt der nunmehr 6. Demokratie-Tag Rheinland-Pfalz statt. Der von einem breiten Netzwerk staatlicher Institutionen und zivilgesellschaftlicher Einrichtungen und Initiativen u. a. auch der DVPB getragene landesweite Kongress bot auch dieses Mal wieder ein großes Forum für den Austausch von Informationen und Erfahrungen und zeigte, wie weit die Schulen im Land in der demokratischen Entwicklung voran gekommen sind, aber auch, welche Entwicklungsschritte alle Beteiligten noch gehen müssen. Nachdem bei den vergangenen Begegnungen stärker die Schule als System und ihre strukturellen Veränderungen im Mittelpunkt standen, lag der Fokus diesmal auf der Entwicklung partizipativer Lernprozesse im Fachunterricht, beim Projektlernen und anderen offenen Formen des Unterrichts.

HB

Der Name ist Verpflichtung: Georg Forster, der Naturforscher und Ethnologe aus Mainz, war eine der entscheidenden Figuren bei der Gründung der Mainzer Republik 1793 als Folge der Französischen Revolution vier Jahr zuvor. Hier entstand die erste bürgerlich-demokratische Grundordnung auf deutschem Boden, die allerdings schnell wieder durch deutsche Truppen aufgelöst wurde. „Forster hat sich zu einer Zeit für Demokratie und Freiheit eingesetzt, als dies noch mit der Gefahr für Leib und Leben verbunden war“, erklärte Ministerpräsident Kurt Beck in seinem Grußwort zum 6. Demokratie-Tag am 22. September 2011 in der Georg Forster Gesamtschule in Wörrstadt. „Ich freue mich, dass die Gesamtschule diese Persönlichkeit als Namenspatron gewählt hat und ihren Schulalltag und den Unterricht an demokratischen Idealen ausrichtet. Die

Fortsetzung Rheinland-Pfalz

Namenswahl sagt viel über den Geist einer Schule aus.“

Tatsächlich ist der Name Georg Forster auch Programm an der Ganztagschule im Landkreis Alzey-Worms. Hier sind soziales Miteinander und voneinander Lernen von Beginn an wichtige Lernziele. Die Schülerinnen und Schüler lernen demokratische Spielregeln kennen und üben diese in verschiedenen Situationen ein. Eine besondere Bedeutung hat dabei die wöchentliche Klassenratsstunde, die sogar in der Oberstufe stattfindet. Hier übernehmen die Schülerinnen und Schüler Verantwortung und regeln ihre eigenen Angelegenheiten im demokratischen Miteinander. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl an partizipatorischen Elementen, die allen an der Schule Beteiligten Teilhabe ermöglichen. Hierzu gehören zum Beispiel die „Elternschule“, ein Fortbildungs- und Austauschforum von und für Eltern, das von Schülerinnen und Schülern selbstverwaltete Oberstufencafé und die intensive Arbeit der Schülervertretung, die in alle wichtige Entscheidungen der Schule eingebunden ist.

Es verwundert also nicht, dass die Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik und ihre Kooperationspartner als Veranstaltungsort für ihren 6. Demokratietag Rheinland-Pfalz die Georg Forster Gesamtschule ausgewählt hatte, die zudem noch Modellschule für Partizipation und Demokratie ist. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung hatten so Gelegenheit, sich direkt vor Ort über tatsächlich umgesetzte Mitbestimmung- und Mitwirkungsmöglichkeiten zu informieren. „Wir freuen uns über unsere aktiven Schülerinnen und Schüler und auch über unsere Eltern, die uns kritisch, aber solidarisch begleiten“, begrüßte Schulleiterin Bettina Gerhard das Plenum im Foyer ihrer Schule.

Kurt Beck: „Nicht nur Demokratie spielen, sondern sie leben“

Dass Ministerpräsident Beck für einen Rundgang durch den in den Gängen der Schule aufgebauten „Markt der Möglichkeiten“ mit allen Partnern und Institutionen und für den Vormittag im Plenum nach Wörrstadt gekommen war, sah die Schulleiterin als Zeichen der Wertschätzung für die geleistete Arbeit. Hans Berkessel, der

Koordinator des 6. Demokratietags dankte neben dem Pädagogischen Landesinstitut, dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur (MBWVK) und der Serviceagentur „Ganztägig lernen“ auch der Staatskanzlei und den zahlreichen zivilgesellschaftlichen Partnern für die finanzielle und personelle Unterstützung bei der Ausrichtung dieser Veranstaltung. „Wir möchten, dass Schülerinnen und Schüler von der Schule abgehen, die sich selbstbewusst mit ihren Anliegen in die Gesellschaft einbringen können, die frei reden, moderieren und diskutieren können“, definierte Berkessel ein Ziel demokratischer Mitwirkung in der Schule.

Kurt Beck betonte, dass es darum gehen müsse, mehr Lebendigkeit in die Demokratie zu bringen, um die „schleichende Minderwertschätzung der demokratischen Rechte aufzuhalten“. Schule und Jugendarbeit seien ideale Orte dazu. „Hierbei geht es nicht darum, Demokratie zu spielen, sondern sie zu leben. Wenn Kinder und Jugendliche mitreden und mitentscheiden können, dann muss es auch gelten“, betonte der Ministerpräsident.

Die Gefahr, dass die Schülerinnen und Schüler bei demokratischen Rechten in der Schule nur auf „Nebenschauplatz verdrängt werden“, sah auch Prof. Dr. Silvia-Iris Beutel von der Technischen Universität Dortmund in ihrem Hauptvortrag „Lernkultur und Demokratie an guten Schulen“. Die Professorin für Schulpädagogik und Allgemeine Didaktik führte aus, dass eine Demokratiepädagogik, die wirksam sein will, Kernbereiche wie Unterricht und Leistungsbeurteilung nicht aussparen dürfe. „Handlungskompetenzen und Selbstwirksamkeitserfahrungen der Kinder und Jugendlichen müssen gestärkt werden – und dies können Lehrkräfte durch einen individualisierten und differenzierten Unterricht sowie dialogische Lernbegleitung und Leistungsbeurteilung erreichen“, so die Wissenschaftlerin.

Rheinland-Pfalz als bundesweiter Vorreiter

Damit sie einen solchen individualisierten Unterricht gestalten können, muss der Wissenschaftlerin zufolge die Position der Lehrerinnen und Lehrer gestärkt werden. Aber die Pädagoginnen und Pädagogen sollten sich auch

auf eine veränderte Rolle ihrer Schülerschaft einstellen: „Die Kinder sitzen nicht mehr nur stumm in der Klasse und warten auf Anweisungen, sondern bestimmen den Unterricht selbst mit. Sie fragen, kritisieren, entwickeln Ideen und geben Anstöße.“ Beispielgebend sei hier die preisgekrönte Grundschule Landau-Süd, welche die so genannte „Neugierzeit“ eingeführt habe, in der die Schülerinnen und Schüler über die Unterrichtsinhalte bestimmen können. „Auch Projektlernen ist eine wichtige Erfahrung für die Kinder und Jugendlichen. Projekte sind individualitätsstärkend, können Anerkennung, Kompetenz und soziale Eingebundenheit vermitteln“, beschrieb Silvia-Iris Beutel. „Sie bieten auch Anlass, die Schule zu verlassen, um sich mehr Lebensraum zu erschließen, Aufgaben mehrdimensional zu betrachten und im Team zu arbeiten.“

Als Mitglied der Jury des Deutschen Schulpreises sehe sie, was sich in den Bundesländern bewege – und Rheinland-Pfalz stehe nach Meinung der Wissenschaftlerin im Bereich der Demokratiepädagogik beispielhaft da. „Beeindruckt hat mich bei den Reisen durch die Schulen die Aussage eines Neuntklässlers, der die Demokratiepädagogik so umschrieb: ‚Im besten Fall ist die Schule ein Projekt für das Leben‘“, berichtete Silvia-Iris Beutel.

Das Lob der Dortmunder Professorin war nicht das einzige, über das sich Staatssekretärin Vera Reiß zum Abschluss freuen konnte. Auch Tobias Diemer, der Stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik, erklärte die Projekte in Rheinland-Pfalz als „bundesweit beispielgebend“. „Mit dem Demokratietag ist das Land Vorreiter. Andere Bundesländer sollten diese Idee aufgreifen.“

„Bedeutung des Themas besser kommunizieren“

Vera Reiß erklärte: „Die bisherigen Demokratietage haben auch auf unsere Politik Einfluss ausgeübt. Im neuen Koalitionsvertrag ist die Stärkung der Mitwirkungsmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler vereinbart. Es gibt Schulgesetze in anderen Bundesländern, die in diesem Bereich weitergehen, und diesen Handlungsbedarf haben wir erkannt.“

Eine weitere Aufgabe, der sich alle Beteiligten stellen müssten: „Wenn wir ehrlich sind, wird die Demokratiepädagogik noch nicht in allen Schulen als wichtig erachtet. Wir müssen die Bedeutung des Themas besser kommunizieren“, so die Staatssekretärin.

Vielleicht würden skeptische oder gleichgültige Pädagoginnen und Pädagogen für das Thema Feuer fangen, wenn sie die Möglichkeit wahrnahmen, das Projekt „S.A.M.S. – Schüler arbeiten mit Schülern“ kennen zu lernen, welches die Pädagogische Fachkraft Rita Steiger-Essling und die beiden Zwölfklässlerinnen Sabrina und Kristin am Nachmittag vorstellten.

S.A.M.S. ist seit dem Schuljahr 2005/2006 ein fester Bestandteil des rhythmisierten Unterrichts der Ganztagsklassen der Jahrgänge 5 und 6 an der Georg Forster Gesamtschule. Ausgebildete Oberstufenschülerinnen und -schüler betreuen montags eine Kleingruppe von fünf Kindern. In 90 Minuten erledigen sie gemeinsam Aufgaben, üben für Klassenarbeiten, lesen Bücher oder fördern spielerisch. Derzeit werden auf diese Weise jeden Montag insgesamt 120 Schülerinnen und Schüler in 20 Kleingruppen gefördert.

„Das Projekt ist inzwischen im Kollegium gut angesehen“, berichtete Rita Steiger-Essling, „und die Lehrkräfte halten einen engen Kontakt zu den S.A.M.S.-Betreuern aus der Oberstufe.“ Sabrina und Kristin versicherten, dass ihnen die Arbeit mit den jüngeren Mitschülerinnen und Mitschülern Spaß mache. „Wir lernen auch selbst etwas, sowohl inhaltlich, als auch, wie man mit Problemen umgeht“, erzählte Sabrina. Und Kristin ergänzte: „Man lernt auch, geduldig zu sein.“ Eine positive Rückmeldung konnte eine Mutter geben: „Mein Sohn fühlt sich in den S.A.M.S.-Gruppen wohl. Das ist eine gute Form für den Kleinen zu lernen.“ Und für die älteren Schülerinnen und Schülern eine gute Möglichkeit, sich in den Schulalltag einzubringen und Verantwortung zu übernehmen.

Ralf Augsburg